



Warum die Rentendebatte Akademiker trifft — aber die Demografie ignoriert

Ute Pappelbaum

In der Debatte um die Rentenreform wird zunehmend gefordert, den abschlagfreien Renteneintritt an 45 Beitragsjahre zu koppeln. Die Logik dahinter: Wer später ins Berufsleben startet — typischerweise Akademiker —, soll auch später ohne Abschläge in Rente gehen. Für den Kölner Ökonomen Dr. Jochen Pimpertz vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) greift diese Diskussion jedoch zu kurz. Denn lange Erwerbsbiografien werden im bestehenden System bereits honoriert. Das eigentliche Problem der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt davon unberührt.

Wer länger arbeitet, erhält schon heute höhere Renten

Die gesetzliche Rentenversicherung folgt dem Äquivalenzprinzip. Wer länger arbeitet und höhere Beiträge zahlt, sammelt mehr Entgeltpunkte und erhält entsprechend höhere Rentenansprüche. Die Zahlen der Deutschen Rentenversicherung zeigen diesen Zusammenhang deutlich. Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren beziehen im Durchschnitt rund 26 Prozent höhere Renten als Personen mit 35 bis 44 Beitragsjahren. Bei den Rentenzugängen des Jahres 2024 lag der Abstand sogar bei rund einem Drittel. Die Forderung nach einer stärkeren Kopplung des Rentenzugangs an Beitragsjahre unterstellt damit ein Gerechtigkeitsproblem, das im bestehenden System bereits weitgehend berücksichtigt wird. Gerade Akademiker erreichen die Marke von 45 Beitragsjahren allerdings häufig

gar nicht. Wer mehrere Jahre studiert, startet später in das Berufsleben. Bei einer Regelaltersgrenze von inzwischen rund 66 Jahren müsste ein Hochschulabsolvent sein Studium praktisch bereits mit Anfang 20 abgeschlossen haben, um überhaupt auf 45 Beitragsjahre zu kommen.

Mehr Komplexität im Rentensystem

Hinzu kommen praktische Probleme. Die Altersvorsorge in Deutschland orientiert sich bislang an festen Altersgrenzen. Arbeitsverträge, betriebliche Altersversorgung und private Vorsorgeprodukte sind darauf abgestimmt, dass die gesetzliche Rente ab einem bestimmten Alter abschlagsfrei beginnt. Würde der Rentenzugang künftig stärker an individuellen Beitragszeiten ausgerichtet, entstünde erheblicher Anpassungsbedarf. Beschäftigte müssten ihre Vorsorgeplanung neu kalkulieren. Unternehmen müssten Arbeitsverhältnisse stärker individualisieren.

Die Folge wäre ein komplizierteres und weniger transparentes Rentensystem. Gerade darin liegt ein ordnungspolitischer Widerspruch der Debatte: Die Reform würde zusätzliche Komplexität schaffen, ohne die strukturelle Finanzierungsbasis der Rentenversicherung zu verbessern.

Das eigentliche Problem bleibt die Demografie

Für Dr. Jochen Pimpertz liegt die zentrale Herausforderung der gesetzlichen Rentenversicherung an anderer Stelle. Entscheidend ist nicht die unterschiedliche Erwerbsdauer einzelner Gruppen, sondern die demografische Entwicklung. Immer weniger Beitragszahler finanzieren immer mehr Rentner. Dieses Ungleichgewicht zwischen Jung und Alt verschärft sich seit Jahren. Genau daraus entsteht der strukturelle Druck auf das Umlagesystem. Die Diskussion über 45 Beitragsjahre verändert daran wenig. Sie verschiebt den Blick auf eine Verteilungsfrage innerhalb einer Generation, ohne das eigentliche Finanzierungsproblem zu lösen. Weder steigt dadurch die Zahl der Beitragszahler noch verbessert sich die Tragfähigkeit des Systems.

Die Rentendebatte vermeidet den eigentlichen Zielkonflikt

Damit rückt eine politische Grundsatzfrage immer stärker in den Vordergrund: Wie soll eine alternde Gesellschaft längere Rentenbezugszeiten finanzieren? Ein umlagefinanziertes Rentensystem kann dauerhaft nicht gleichzeitig stabile Beiträge, stabile Rentenniveaus und eine unveränderte Lebensarbeitszeit garantieren. Die ökonomischen Spielräume bleiben begrenzt: höhere Beiträge, niedrigere Leistungen oder längeres Arbeiten. Genau diese Konsequenz wird in der politischen Debatte jedoch häufig umgangen. Statt über die demografischen Grenzen des Systems zu sprechen, konzentriert sich die Diskussion auf immer neue Stellschrauben innerhalb des bestehenden Rentenrechts. Die Debatte über 45 Beitragsjahre zeigt deshalb vor allem eines: Nicht die Erwerbsbiografien einzelner Gruppen entscheiden über die Zukunft der Rentenversicherung, sondern die Frage, wie eine alternde Gesellschaft die Lasten zwischen den Generationen verteilt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949811/Warum-die-Rentendebatte-Akademiker-trifft---aber-die-Demografie-ignoriert/>